

„Sicher Leben in Schleswig-Holstein“

Beschluss des Schleswig-Holstein-Rates vom 11. Juni 2005 in Lübeck

1. Einleitung

Die Innere Sicherheit in Schleswig-Holstein ist von großer Bedeutung für die Lebensqualität aller Bürger unseres Landes. Nur in einem Land, in dem man sich „sicher“ fühlen kann und darf, wird es zufriedene Bürger geben. Das Sicherheitsbedürfnis der in Schleswig-Holstein lebenden Menschen wird allerdings nicht erfüllt: In Bayern gibt es in den letzten Jahren durchschnittlich ein Drittel weniger Straftaten pro Einwohner als bei uns. Das gleiche Problem haben wir bei der Aufklärungsrate der Straftaten; nicht einmal die Hälfte der ermittelten Straftaten wird aufgeklärt, während in Bayern die Quote bei über 60 % liegt.

Durch den Eintritt der CDU in die Landesregierung ist es möglich geworden, unsere Forderungen zum Gegenstand des Regierungshandelns in allen Politikbereichen zu machen. Nach einer sehr langen Zeit in der Opposition muss die CDU eine völlig veränderte Aufgabe bewältigen und den neu erarbeiteten Gestaltungsspielraum ausfüllen. Bei dieser nicht einfachen Arbeit wollen wir einige Denkanstöße geben. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein legt dabei besonders den Augenmerk auf die Jugendkriminalität, da man so am Besten auch für die Zukunft Jugendliche von Gewalt und Kriminalität fern halten kann.

2. Prävention:

2.1. Integration neuer Staatsbürger und ausländischer Mitbürger:

Noch immer gibt es weder in Schleswig-Holstein noch in den meisten anderen Bundesländern flächendeckenden Deutschunterricht für Mitbürger, die eine andere Muttersprache als Deutsch sprechen. Die Teilnahme an außerordentlichem Deutschunterricht und auch Nachhilfeunterricht in anderen Fächern muss für alle ausländischen Mitbürger oder neuen deutschen Staatsbürgern mit unzureichenden Deutschkenntnissen zwingend sein.

Die JUNGE UNION fordert daher, bereits vor der Einschulung verpflichtende Deutschkurse für all die Kinder anzubieten, die unsere Muttersprache nicht ausreichend beherrschen.

Wer in unserem Land leben möchte und die deutsche Sprache nicht beherrscht, kann nicht Zufrieden stellend integriert werden. Persönliche Chancen zur Weiterentwicklung oder zur aktiven Beteiligung an der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft sind diesen Menschen von vorneherein versperrt, was mit eine Ursache für höhere Kriminalität unter heranwachsenden ausländischen Mitbürgern ist. Die JUNGE UNION fordert die Landesregierung auf, endlich zu handeln, und die nötigen Mittel für die Integration von Ausländern und neuen Staatsbürgern bereitzustellen.

2.2. Drogenkriminalität und Alkoholmissbrauch eingrenzen:

Ziel der Prävention muss es sein, bei den Jugendlichen ein Bewusstsein für die Gefahren von Alkohol und anderen Drogen zu bilden. **Dies lässt sich nach Meinung der JUNGEN UNION leichter durch Gespräche mit Betroffenen erreichen, als durch Vorträge von Polizisten, bei denen Jugendliche meist sofort abblocken.** Ein authentischer Bericht eines ehemaligen Abhängigen jedoch hat neben der bisherigen Aufklärungsarbeit eine abschreckende und das Gefahrenbewusstsein unterstützende Wirkung, die sich die Polizei zu Nutzen machen sollte. Zur Prävention von Drogenkriminalität und Alkoholmissbrauch gehört nach Ansicht der JUNGE UNION auch eine Einschüchterung und Verunsicherung der Drogendealerszene. Zum Einen um den illegalen Handel zu erschweren, und somit dem Drogenmissbrauch vorzubeugen, zum Anderen aber auch, um die Hemmschwelle für Jugendliche, mit Drogen zu handeln, zu erhöhen. **Deshalb unterstützt die JUNGE UNION den Vorstoß der Polizei mit dem „Projekt Rauschgift“, dass sich besonders mit Ermittlungen gegen Drogendealer beschäftigt. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung auf, endlich die zulässige Menge Haschisch, die schleswig-holsteinische Bürger mitführen dürfen, mindestens auf den Bundesdurchschnitt herabzusetzen.**

2.3. regionale Präventionsbeauftragte bei der Polizei:

Die JUNGE UNION hält die Stelle des Präventionsbeauftragten der Polizei für eine förderliche Einrichtung. Möglichst junge Beamte sollten diesen Dienst versehen, um für Jugendliche besser zugänglich zu sein. Entweder der Präventionsbeauftragte der Polizei, oder ein weiterer Ansprechpartner sollten den Jugendlichen bei der Polizei vertraulich zur Verfügung stehen. So behält die Polizei immer ein offenes Ohr für die Schwierigkeiten der Jugendlichen und lernt andererseits, die augenblickliche

Situation von jugendlichen Problemgruppen in den Kreisen besser einzuschätzen. **Weiterhin begrüßt die JUNGE UNION die Gründung kriminalpräventiver Räte.** Diese Räte fördern den Gedankenaustausch vor Ort und sind sinnvoll in Bezug auf lokale Probleme. Mitglieder dieser Räte sind zum Beispiel Lehrer, Polizisten, Kommunalpolitiker, Jugendpfleger, Jugendwarte von Sportvereinen, etc. Dieses Engagement muss aber flächendeckend noch wesentlich ausgebaut werden.

2.4. Betreuungsmöglichkeiten von Jugendlichen erhalten:

Die zahlreichen Jugendzentren in Schleswig-Holstein sind Anlaufstellen für viele Jugendliche, unter anderem auch für Migrationsgruppen wie türkische und türkischstämmige Deutsche Jugendliche oder Spätaussiedler. In den Jugendpflegern finden sie zumeist einfühlsame Ansprechpartner, unabhängig von Familie oder Freunden. Die Erfahrungen in Reinfeld (Stormarn) zeigen beispielsweise, dass seitdem die jugendlichen Spätaussiedler im Jugendzentrum „Alte Schule“ einen Anlaufpunkt gefunden haben, von Ihnen ausgehende Gewalttaten fast gänzlich unterbleiben. Die dort ansässige Jugendpflegerin unterstützt die Jugendlichen auch beim Schreiben von Bewerbungen und bei Problemen in der Schule. **Die JUNGE UNION fordert daher, weitere Streichungen im Bereich der Jugendarbeit zu unterlassen. Geld für Jugendbetreuung vermindert Kosten der Kommunen für Sachbeschädigung oder andere Delikte von Jugendkriminalität. Jugendzentren müssen in Zukunft noch viel intensiver genutzt werden, um den Jugendlichen und jungen Erwachsenen Perspektiven für Ihre Zukunft zu vermitteln.** Jugendpfleger, Kommunen und Kreise sollten allerdings bemüht sein, die vorhandenen Jugendzentren mehr zu Begegnungszentren aller Jugendlicher zu machen. Hier ist die aktive Mitarbeit von Parteien, Privatleuten und Vereinen dringend erforderlich. Ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm in den Jugendzentren lockt Jugendliche aller sozialen Schichten als Besucher an. Das gemeinsame Umgehen miteinander ist ein wichtiger Schritt, um Fremdenfeindlichkeit, Vorurteile und Extremismus zu unterbinden.

2.5. Internationalen Austausch fördern – Privatinitiativen einbinden:

Das große Netzwerk von Städtepartnerschaften in Schleswig-Holstein mit Städten aus anderen Ländern ist eine exzellente Möglichkeit, unsere jungen Menschen mit anderen Kulturen in Berührung zu bringen, und Jugendlichen Kenntnisse über andere Staaten zu vermitteln. Kultureller Austausch bekämpft Tendenzen von Fremdenfeindlichkeit und sichert unserem Kreis auf der anderen Seite im Ausland gesammelte Erfahrungswerte als Pool für innovative Ideen. Um die kommunalen Haushalte nicht

noch stärker zu belasten, sollten Vereine und Privatinitiativen stärker in der Betreuung von Städtepartnerschaften engagiert werden.

2.6. Vereine und Verbände – wichtig für die Prävention von Jugendgewalt:

Engagement für Demokratie und Gesellschaft ist ein großer Gewinn für uns alle. Vereine und Verbände sind bedeutende Beispiele dafür, wie viel das Ehrenamt bewegen kann. Sportvereine, die freiwillige Feuerwehr oder die DLRG sind nur einige Beispiele für Verbände, in denen Jugendliche lernen, Verantwortung zu übernehmen, Respekt vor den Leistungen und vor der Persönlichkeit Anderer zu haben, und eigene Stärken zu entdecken und weiterzuentwickeln. All diese Fähigkeiten beinhalten kriminalitätspräventive Maßnahmen von hoher Wirksamkeit. **Die JUNGE UNION fordert daher ausdrücklich, bei Streichungen von Zuschüssen für Vereine und Verbände Kosten und Nutzen deutlich gegeneinander abzuwägen. Trotz der aktuellen Haushaltssituation gilt weiterhin: „Wer am Ehrenamt spart, der spart am falschen Ende!“**

2.7. „Mediation“- eine innovative Methode für Gewaltprävention:

Unter „Mediation“ versteht man, dass Konflikte zwischen Jugendlichen (z. B. an Schulen) von eigens dafür ausgebildeten Jugendlichen geschlichtet werden. Dies fördert den Umgang von Jugendlichen, nicht nur in Bezug auf Konfliktbewältigung, sondern gibt ihnen auch Selbstvertrauen in anderen Lebenssituationen. Die „Mediation“ hat zum Ziel, Konflikte zu lösen ohne Strafen zu verhängen. Sie soll den Jugendlichen zeigen, dass Konflikte auch anders gelöst werden können, nämlich durch Zuhören. Wenn die erste Generation von Schülerschlichtern einer Schule erst einmal ausgebildet ist, können diese wiederum die nächste Generation ausbilden. Die JUNGE UNION fordert deshalb, die „Mediation“ flächendeckend an allen Schulen anzubieten.

2.8. Grundkatalog für soziale Verhaltensregeln entwickeln:

Die JUNGE UNION schlägt vor, dass an Schulen schon häufig praktizierte Aufstellen einer Liste mit Verhaltensregeln, die Schüler und Lehrer gemeinsam erarbeiten, in einen Maßnahmenkatalog für gewaltpräventive Maßnahmen aufzunehmen. Der entscheidende Lerneffekt entsteht für die JUNGE UNION dadurch, dass Lehrer und Schüler zuerst über notwendige Regeln diskutieren, und damit beide Seiten den Katalog akzeptieren, da er selbstständig erarbeitet statt von höherer Stelle aufgezwungen wurde. In der Diskussion erkennen die Schüler, dass von allen akzeptierte Regeln für ein Zusammenle-

ben unabdingbar sind. Die JUNGE UNION fordert daher, das Entwickeln von Grundkatalogen für soziale Verhaltensregeln nach dem Eintritt in die Grundschule sowie nach der Einschulung in eine weiterführende Schule verbindlich in den allgemeinen Lehrplan mit aufzunehmen.

2.9. Schulpsychologische und sozialpädagogische Unterstützung an Schulen:

Zur Unterstützung der Lehrer im Unterricht fordert die JUNGE UNION die Möglichkeit, der Überweisung von schwer erziehbaren Schülern an den schulpsychologischen Dienst, konsequent anzuwenden.

2.10. Erzieherische Methoden stärken :

Des weiteren fordert die Junge Union die Landesregierung auf, statt dem Fach „Vertiefender Unterricht“ (auf dem Gymnasium) ein Schulfach für die Bereiche Politik, Demokratie und Staatslehre in der Mittelstufe an allen weiterführenden Schulen einzuführen, in dem Schülerinnen und Schülern Basiskennnisse über unser System der Rechtsstaatlichkeit, Rechten und Pflichten von uns als Bürgern und beispielsweise die Notwendigkeit von Regeln für das Funktionieren eines Staates vermittelt werden. Im Staatsbürgerkundeunterricht sollten die Schülerinnen und Schüler auch Medienkompetenz hinsichtlich Gewalt verherrlichender Medien oder aggressiver Werbung erlernen. Das Fach Staatsbürgerkunde könnte neben „Gewalt- und Kriminalitätsprävention“ auch neue Themengebiete abdecken, die heute von den Fächern Geschichte, Deutsch oder Erdkunde nicht ausführlich genug behandelt werden.

2.11. Die Familie ist noch immer die beste Gewaltprävention:

Trotz aller gesellschaftlicher Veränderungen hält die JUNGE UNION intakte Familien, die ihren Kindern Schutz und Aufmerksamkeit bieten, noch immer für die beste Vorbeugung gegen Gewalt und Kriminalität unter Jugendlichen. Der Staat muss alles daran setzen, Eltern in der Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen. Im Bewusstsein, dass dieser Bereich der Gewaltprävention unendlich viele Facetten beinhaltet, möchten wir als JUNGE UNION lediglich auf einige wenige Punkte eingehen: Der Staat fördert durch finanzielle Anreize in angemessener Höhe die Kinderfreundlichkeit in unserer Gesellschaft. Die Schulen sind verpflichtet, ihren Bildungsauftrag unter dem Motto „Fordern und Fördern“ zu erfüllen, und damit die Eltern, in einem großen Teil ihres Bildungsbedürfnisses für ihre Kinder,

zu unterstützen. Die JUNGE UNION sieht es als grundlegend an, dass Gesellschaft und Politik in allen Bereichen des täglichen Lebens zeigen müssen, wie wichtig Familien mit Kindern für das Fortbestehen unseres Landes sind. Mit dem Gefühl, wichtig für unsere Gesellschaft zu sein und aufgenommen in unserem Lande zu sein, ist den allermeisten Familien mit Kindern schon ein großes Stück geholfen.

3. Repression

3.1. Videoüberwachung:

Mit der Überwachung von potentiell für Gewalttaten gut geeigneten Plätzen wie z. B. Bahnunterführungen oder Bushaltestellen durch stationäre Videokameras, würden besonders Jugendliche von Gewaltdelikten abgeschreckt und den Bürgern könnte ein Gefühl von erhöhter Sicherheit vermittelt werden. Die JUNGE UNION fordert deshalb der Polizei die Möglichkeit zu schaffen unter bestimmten Bedingungen auch mobile Videokameras einzusetzen.

3.2. Schnellstmögliche Bearbeitung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten:

Nur eine direkte Strafe führt zur Einsicht des Täters und damit zu einer Erhöhung der Hemmschwelle, nochmals ein Vergehen zu begehen. Die JUNGE UNION ist sich darüber im Klaren, dass die derzeitige Personalsituation der Polizei und Justiz eine schnelle Verfolgung von Straftaten, gerade im Bereich der Jugend- und Massenkriminalität nicht zulässt. **Trotzdem sollte das Ziel der schnellstmöglichen Bestrafung immer vor Augen bleiben.**

3.3. Kommunale Sicherheitsinitiativen:

Die JUNGE UNION fordert die Landesregierung auf, eine Gesetzesinitiative im Bereich der Schaffung von örtlichen Sicherheitsinitiativen auf den Weg zu bringen (Die Stadt Ahrensburg und die Gemeinden Großhansdorf und Oststeinbek sind diesbezüglich sehr erfolgreiche Beispiele). Diese Initiativen, von der Polizei geschult, können zusätzlich zu der Polizei selbst die Sicherheitspräsenz in Wohngebieten ergänzen und so zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl beitragen. Ständige Präsenz von Bürgern würde viele Jugendliche von Straftaten wie Sachbeschädigung, Körperverletzung oder Diebstahl abhalten. Auch muss die Zusammenarbeit der Polizei mit privaten Wachunternehmen weiter verbessert werden.

3.4. Schutz des Eigentums

Wenn der Staat Eigentum nicht achtet, wird der Einzelne diese Achtung gegenüber dem Eigentum seiner Mitmenschen auch nicht erbringen. **Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sie Initiativen, die dazu dienen Raubkopien von Filmen, Computerprogrammen oder Musik zu ächten, unterstützt.** Neben einem wirtschaftlichem Schaden in massiver Höhe, der in Deutschland entsteht, ist es wichtig, dass gerade junge Leute lernen fremdes (auch geistiges) Eigentum zu achten. Ohne das Wissen um den Wert des Eigentums wird eine Marktwirtschaft und damit unsere soziale Ordnung insgesamt undenkbar. Raubkopierer sind keine Bagatelldelinquenten.

3.5. Klare Gesetze, härtere Strafen:

Die bestehenden Gesetze zur Verfolgung und Ahndung von Straftaten jugendlicher Täter müssen konsequenter angewandt und bestehende Gesetzeslücken zügig geschlossen werden. Der JUNGEN UNION geht es nicht um eine harte Bestrafung von Ersttätern sondern um eine rigorose Ahndung von Wiederholungs- und Intensivtätern. Die Polizei hat bei Ersttätern mit dem Diversionsverfahren („Erziehen statt Bestrafen“) bereits eine gute Methodik an der Hand. **Die JUNGE UNION fordert, für Wiederholungs- und Intensivtäter das Erwachsenenstrafrecht dem Jugendstrafrecht vorzuziehen.**

3.6. Jugendarrest wieder einführen:

Aus dem zuletzt genannten Punkt ergibt sich für die JUNGE UNION zuerst einmal die Konsequenz, den Jugendarrest in Schleswig-Holstein wieder einzuführen. Bei dieser Art von Arrest werden jugendliche Straftäter an Wochenenden in Einzelhaft gesperrt, gegen sie verhängte kleinere Strafen abzusetzen. Dies hat den Vorteil, dass sie nicht in einem normalen Gefängnis mit anderen Kriminellen in Berührung kommen.

3.7. Sachbeschädigung konsequent bestrafen:

Noch immer gilt das Besprühen von öffentlichen wie privaten Gebäuden mit Graffiti-Schmierereien nicht generell als ein Straftatbestand. **Die JUNGE UNION fordert den Gesetzgeber auf, sämtliche Verunreinigungen durch Farbschmierereien oder Ähnlichem als Straftatbestand gesetzlich zu ver-**

ankern, damit eine wirksamere Verfolgung der Täter möglich wird. Damit es eine Bundesweit einheitliche Regelung gibt, wird die Landesregierung aufgefordert eine Bundesratsinitiative zu starten.

4. Polizei

4.1. Ausstattung:

Die Ausstattung der Polizei in Schleswig-Holstein muss weiter ausgebaut werden. Trotz der finanziell schwierigen Lage ist wichtig, dass wir eine schlagkräftige Polizei haben, die schnell und effizient Kriminalität in Schleswig-Holstein bekämpfen kann. Die JUNGE UNION spricht sich gegen eine Umbenennung des Bundesgrenzschutzes in Bundespolizei aus. **Die JUNGE UNION setzt sich für eine schnelle und effektive Modernisierung der Ausstattung der schleswig-holsteinischen Polizei ein.** Der im Koalitionsvertrag festgelegte Übergang zum Digitalfunk kann nur ein erster Schritt sein. Wenn es uns nicht gelingt, mit dem technischen Stand der Kriminellen einigermaßen Schritt zu halten, wird sich die Möglichkeit, Straftaten aufzuklären und Straftäter ihrer gerechten Strafe zuzuführen, weiter verringern, ohne dass die Beamten vor Ort in der Lage sind, daran etwas zu ändern. Im Haushalt ist daher der technischen Modernisierung der Polizei ein höherer Stellenwert einzuräumen als bisher.

4.2. Umdenken im Ministerium:

Die schleswig-holsteinische Polizei als Bewahrer der Inneren Sicherheit und deutlichstes Zeichen der für die Bürger fühlbaren Sicherheit ist in den vergangenen Jahren vom Land stiefmütterlich behandelt und bei der Erfüllung ihrer Aufgaben häufig alleingelassen worden. **Das Innenministerium ist daher aufgefordert, neben Verbesserungen im Sachmittel- und Personalbereich auch den Polizeibeamten das Gefühl zu geben, dass man ihre Arbeit sehr schätzt und sie Garant für einen funktionierenden Gemeinwesen sind.**

4.3. Fortbildung:

Damit die Polizeibeamten selbst in die Lage versetzt werden, die neuen technischen Geräte effektiv zur Verbrechensbekämpfung einzusetzen, ist es notwendig, jene intensiver und regelmäßiger zu schulen und ein verändertes Aus- und Fortbildungskonzept zu erarbeiten.

4.4. finaler Rettungsschuss:

Die Junge Union fordert von der Landesregierung einen Gesetzesentwurf zum finalen Rettungsschusses endlich in das Parlament einzubringen, damit die schleswig-holsteinischen Beamten endlich Rechtssicherheit für den Notfall erhalten.

4.5. Merkmal „Gefahr für die öffentliche Ordnung“

Außerdem besteht die JUNGE UNION Schleswig-Holstein weiterhin auf der Wiederaufnahme des Merkmals „Gefahr für die Öffentliche Ordnung“ in das Landesverwaltungsgesetz. So kann die Polizei bei einer Wiederaufnahme des Merkmals die offenen Drogenszenen, das aggressive Betteln und offenes Anpöbeln fremder Leute wirkungsvoller bekämpfen.

4.6. Vernetzung:

Bis zum heutigen Tage ist die Polizei in Deutschland nicht in der Lage, Daten auf ein gemeinsames zentrales Netzwerk zu speisen, damit Polizei, Landeskriminalämtern, Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz Informationen gemeinsam sammeln, untereinander austauschen und vor allem gemeinsam verwenden können. Auch eine einheitliche Vernetzung der Polizeidienststellen untereinander ist bis jetzt nicht möglich. Dieser Zustand ist Anfang des 21. Jahrhunderts mehr als nur katastrophal. **Die JUNGE UNION fordert daher die Landesregierung eindringlich auf, die hierfür nötigen Gelder bereitzustellen.** Eine Vernetzung der Polizei würde viele organisatorische Aufgaben erleichtern, so dass mehr Ressourcen für die eigentlichen Aufgaben der Polizei „Schützen und Helfen“ freiwürden. Mit diesen freigewordenen Ressourcen könnte man beispielsweise Präventionsmaßnahmen unterstützen. Nach Ansicht der JUNGEN UNION kann nur eine bundesweit einheitliche Datenbank unnötige Doppelermittlungen ersparen und dazu beitragen, die Effizienz der Polizeiarbeit zu steigern. Die Ausdehnung dieser Datenbank auf die gesamte Europäische Union ist für die Junge Union selbstverständlich.

5. Justiz und Verfassungsschutz

5.1. Justiz:

Die modernen Kommunikationsmittel eröffnen den Gerichten erhebliche Möglichkeiten der Effizienzsteigerung. Die hierbei freigewordenen Ressourcen sind für die Verbrechensbekämpfung z.B. durch schnellere Strafverfahren einzusetzen. Die JUNGE UNION begrüßt daher die Einführung der E-Mail als rechtsverbindliches Kommunikationsmittel durch das Anfang April von Bund beschlossene Justizkommunikationsgesetz. Diese leider erst verspätet eingeführte Modernisierung muss in Schleswig-Holstein reibungslos und schnell umgesetzt werden und durch das Justizministerium begleitet werden.

5.8. Ämter für Verfassungsschutz

Es muss geprüft werden, ob eine noch stärkere Kooperation der Ämter für Verfassungsschutz untereinander die gemeinsame Bekämpfung des s Terrorismus, von Extremismustendenzen und der organisierten Kriminalität professioneller gestaltet werden kann.

Anhang:

Bestandsaufnahme / Ursachen für Kriminalität

Allgemein:

Schleswig-Holstein gehört zu den Schlusslichtern in der Inneren Sicherheit in Deutschland. In der Polizeilichen Kriminalstatistik 2002 werden für Schleswig-Holstein 9.348 Straftaten je 100.000 Einwohner ausgewiesen. Für die Bundesrepublik sind es lediglich 7.963, für Bayern nur 5.709. Die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, liegt damit in Schleswig-Holstein wesentlich höher als in allen anderen Flächenländern. Lediglich in Berlin, Hamburg und Bremen ist aufgrund der besonderen Stadtstaatsituation die Wahrscheinlichkeit höher, Opfer einer Straftat zu werden. Auch bei der Aufklärungsquote liegt Schleswig-Holstein am unteren Ende der Skala. Liegt die Aufklärungsquote im Bundesdurchschnitt bei 53,1 % Prozent, in Bayern sogar bei 64,7 %, werden in Schleswig-Holstein nur 47,7 % der Straftaten aufgeklärt. So wird keine ausreichende Sicherheit gewährleistet. (CDU Regierungsprogramm) Jugendkriminalität:

Unter Jugendkriminalität oder Jugenddelinquenz versteht man aus kriminalpsychologischer Sicht vor allem die drei Felder Sachbeschädigung, Diebstahl und Körperverletzung.

Diese fallen allesamt unter den Begriff der sogenannten Massenkriminalität. Weitere Felder sind Erpressungsdelikte (zum Beispiel das sogenannte „Abziehen“), Drogenhandel, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Aus kriminologischer Sicht entsteht Kriminalität und Gewalt unter Jugendlichen vor allem aus nicht erfüllbaren materiellen Bedürfnissen Jugendlicher oder fehlender Chancengleichheit bestimmter Jugendlicher in der Gesellschaft. Problematiken des „Wie kann ich vorankommen?“ oder „Wie kann ich mich z. B. materiell verbessern oder meinen sozialen Status innerhalb der Gesellschaft erhöhen?“ werden, wenn das alltägliche Vorankommen in der Gesellschaft misslingt, durch Kriminalität versucht zu lösen. Möglichkeiten zur Prävention setzen zum einen genau an diesem Punkt an, indem sie Jugendlichen Perspektiven für Ihr Leben bieten. Hinzu kommt, dass Jugendliche oftmals sehr unterschiedliche Auffassungen von Recht und Unrecht haben. Mit äußeren Umständen verknüpft, wird aus Unrecht schnell Recht. Immigranten, die das Rechtsverständnis anderer Kulturkreise mitbringen, können viele Selbstverständlichkeiten des deutschen Rechtsverständnisses, aus ihrer ursprünglichen Kultur heraus, nicht nachvollziehen. Daher plädiert die JUNGE UNION im weiteren Verlauf dieses Antrages unter anderem für die Einführung des Unterrichtsfachs Staatsbürgerkunde an allen deutschen Schulen.

Weitere Ursachen für Gewalt und Kriminalität unter Jugendlichen sind sich häufende katastrophale Familienverhältnisse, und der daraus resultierende Mangel an Zuneigung und gesellschaftlichem Halt, das Vorleben von Konfliktlösungen durch Gewalt in den Medien aber auch durch andere Mitmenschen und nicht zuletzt das Phänomen, dass Jugendliche heutzutage immer früher mit „Erwachsenenproblemen“ wie z. B. Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg konfrontiert werden. Zudem begünstigt die öffentliche Kultur Werte wie Durchsetzungsfähigkeit und Willensstärke, die all zu oft mit Rücksichtslosigkeit verwechselt werden (die so bezeichnete „Ellbogengesellschaft“), und damit diese ursprünglich positiv besetzten Werte meist nur egoistisch und zum Nachteil des Miteinanders angewandt werden. Ebenfalls ursächlich für Gewalt und Kriminalität unter Jugendlichen ist die immer noch unzureichende Integration von deutschen Neubürgern und in Deutschland lebenden Ausländern. Fehlender Eingliederungswille auf Seiten von Neubürgern genauso wie von Seiten des Staates und der deutschen Gesellschaft stellen eine riesige Hypothek nicht nur im Bereich der Jugenddelinquenz sondern auch für unsere Sozialsysteme und nicht zuletzt den Wirtschaftsstandort Deutschland dar. Der entscheidende Faktor für die Eingliederung von Ausländern in die deutsche Gesellschaft ist zweifelsohne das Beherrschen der Sprache. Hier besteht in unserem Land akuter Handlungsbedarf.

Was für Deutschland in seiner Gesamtheit gilt, gilt in jedem Fall auch für unseren Kreis, denn nach dem Ende des Ost- West- Konfliktes hat der Zustrom beispielsweise von Spätaussiedlern aus dem e-

hemaligen Ostblock nach Stormarn erheblich zugenommen. Perspektivlosigkeit oder ein Mangel an Anerkennung durch die Gesellschaft gehören auch in Stormarn zu jugendpolitischen Problemfeldern, an denen Gewalt- und Kriminalitätsprävention für Jugendliche unseres Kreises ansetzen muss.

Neben der Integration von Neubürgern sind die Vermittlung von gesellschaftlich anerkannten Werten, Respekt vor Anderen, die Fähigkeit Konfliktsituationen friedlich zu lösen, gesellschaftliches und soziales Engagement, Möglichkeiten zur freien Entfaltung für Kinder oder die Chance für möglichst Viele, ihre Fähigkeiten kennen zu lernen und weiter zu entwickeln, wichtige Schlagworte auf dem Weg zu einer erfolgreichen Gewalt- und Kriminalitätsprävention für Jugendliche.